

2717 /A.B. BR/ 2012
zu 2929 /J BR/ 2012
Präs. am 28. Dez. 2012



DORIS BURES
Bundesministerin
für Verkehr, Innovation und Technologie

An den
Präsidenten des Bundesrates
Georg KEUSCHNIGG
Parlament
1014 Wien

GZ: BMVIT-10.000/0043-1/PR3/2012
DVR:0000175

Wien, am 12. Dezember 2012

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Bundesräte Dönmez, PMM, Kolleginnen und Kollegen, haben am 30. Oktober 2012 unter der Nr. 2929/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Nichtanrechnung von Vordienstzeiten in der ÖBB gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

- Wann können die ÖBB-Mitarbeiter vom Eigentümer die Umsetzung der erworbenen Rechte erwarten?

Nach dem zitierten EUGH-Urteil wurden die dienstrechtlichen Gesetze des Bundes angepasst. Bei der parlamentarischen Behandlung dieser Gesetzesanpassungen wurde auch das Bundesbahngesetz einbezogen. Der Gesetzgeber hat im § 53a Bundesbahngesetz eine der Bundesregelung vergleichbare Neuregelung geschaffen, die eine unionsrechtskonforme Anrechnung von Vordienstzeiten vorsieht.

Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie • Stubenring 1, A-1010 Wien • www.bmvit.gv.at
Telefon: +43 / (0)1 711 62-65 8000 • Teletax: +43 / (0)1 711 62-65 8025 • e-mail: doris.bures@bmvit.gv.at